



# Protokollauszug

aus der  
21. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit,  
Soziales und Inklusion  
vom 14.06.2016

---

öffentlich

**Top 7.1 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam  
15/SVV/0743  
geändert beschlossen**

Frau Schulze erinnert daran, dass der Antrag zurückgestellt wurde, bis Ergebnisse der Integrationskonferenz vorliegen. Diese liegen jetzt vor und wurden an alle Ausschussmitglieder ausgereicht. Sie bringt eine neue Fassung des Antrages ein und bittet, dass diese heute abschließend behandelt und eine Empfehlung für die Stadtverordnetenversammlung abgegeben wird.

**Neue Fassung:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage der Ergebnisse des 1. Fachtages für Integration der Landeshauptstadt Potsdam, in Abstimmung mit den Trägern für Integrationsarbeit, den künftigen Integrationslotsen und den ehrenamtlich tätigen Flüchtlingsinitiativen aufeinander abgestimmte Hilfsangebote und individuelle Handlungsleitfäden für Flüchtlinge zu erarbeiten.**

**Dabei sollen die so genannten Integrationslotsen die Ressourcen bzw. Integrationspläne für und mit den einzelnen Geflüchteten bzw. deren Familienverbund erstellen und als Ansprechpartner für den Betroffenen als auch für weitere Netzwerkpartner fungieren.**

**Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2016 über den Stand der Arbeit zu berichten.**

Herr Thomann macht deutlich, dass innerhalb der Verwaltung viele Mitarbeiter mit der Integration der Geflüchteten befasst sind. Hier muss die Rollenverteilung sauber geklärt werden.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass die Integrationslotsen im Prinzip Fallmanager sind, die sich um den Einzelfall kümmern. Bei jedem Einzelfall gibt es eine sehr unterschiedliche Gemengelage. Wie schnell ein Integrationsplan erstellt ist, hängt vom jeweiligen Einzelfall ab. Sie weist darauf hin, dass es sich um die originären Aufgaben der Integrationslotsen handelt.

Herr Schubert schlägt vor zu überlegen, ob der 2. Absatz aus der neuen Fassung des Antrages heraus genommen werden kann.

Frau Schulze betont, dass Integrationstag und Integrationskonferenz miteinander vernetzt werden sollen. Sie stimmt dem Vorschlag von Herrn Schubert zu. Sie bittet, über den 1. und 3. Absatz abzustimmen.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass an den Aufträgen des Integrationsfachtages gearbeitet wird. Der Termin für eine Integrationskonferenz steht bereits fest. Die Konferenz soll am 10.10.2016 durchgeführt werden

Frau Grasnik teilt mit, dass sie zur Integrationskonferenz die Gründung eines Integrationsnetzwerkes auf die Tagesordnung setzen möchte. Die Konferenz soll dazu genutzt werden, um über die Umsetzung der Aufträge aus dem Integrationsfachtage zu berichten.

Herr Schubert weist darauf hin, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, etwas zu tun, was er bereits tut. Er empfiehlt den ersten Satz wie folgt umzuformulieren:

**„Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Oberbürgermeister bei der Zielsetzung auf der Grundlage...“**

Frau Eisenblätter stellt die so geänderte neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

**Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Oberbürgermeister bei der Zielsetzung auf der Grundlage der Ergebnisse des 1. Fachtages für Integration der Landeshauptstadt Potsdam, in Abstimmung mit den Trägern für Integrationsarbeit, den künftigen Integrationslotsen und den ehrenamtlich tätigen Flüchtlingsinitiativen aufeinander abgestimmte Hilfsangebote und individuelle Handlungsleitfäden für Flüchtlinge zu erarbeiten.**

**Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2016 über den Stand der Arbeit zu berichten.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>